

**Protokoll**  
**über die 4. Sitzung**  
**des Beirats von und für Menschen mit Behinderung**  
**des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin**  
**(3. Wahlperiode) am Montag, dem 11. Juni 2012**

**Anwesend waren:** Frau Brendler, Frau Bauersfeld, Frau Ledwig, Herr Künneke, Frau Mitterer, Frau Röper, Herr Kneisel, Herr Jacobi, Herr Feilke, Herr Jahnke, Herr Bäse, Herr Lockau, Herr Waaschke, Herr Naumann, Herr Friedrich, Herr Spann, Frau König, Frau Schwan, Frau Gerber, Frau Hergli, Herr Süß, Frau Hansen

**Gäste:** Frau Koserske, Frau Gerber

**Ort:** Rathaus Charlottenburg, Lily-Braun-Saal  
**Beginn:** 17.00 Uhr  
**Ende:** 18.25 Uhr

**TOP 1: Begrüßung**

Herr Friedrich begrüßt die Anwesenden und fragt nach Änderungswünschen zur Tagesordnung. Es werden keine Änderungen angeregt.

**TOP 2: Protokollkontrolle**

Das Protokoll der letzten Sitzung sowie das nachgereichte Protokoll der Sitzung am 6. Februar 2012 werden einstimmig angenommen.

### **TOP 3: Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bezirk – Information zum Stand der Dinge**

Herr Friedrich berichtet, dass die Umsetzung der UN-BRK auf Bezirksebene im Rahmen einer Bezirksamtssitzung in seiner Anwesenheit diskutiert worden sei. Dabei habe er vorgeschlagen, ein Konzept in Form eines Aktions- und Maßnahmenplanes zu erarbeiten und zu diesem Zwecke eine eintägige Zukunftswerkstatt zu veranstalten. Dies sei von allen Bezirksstadträtinnen und Bezirksstadträten begrüßt worden.

Zur Zukunftswerkstatt sollten neben den Beiratsmitgliedern auch alle Bezirksstadträtinnen und Bezirksstadträte sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden. Als Termin sei – in Abstimmung mit Herrn Naumann - Samstag, der 1. Dezember 2012 vorgesehen. *[Nachträglicher Hinweis: Dieser Termin wird auf einen späteren, noch genau zu benennenden Zeitpunkt verschoben. Näheres wird im Rahmen der nächsten Beiratssitzung mitgeteilt.]*

Herr Friedrich erklärt, dass die Zukunftswerkstatt aus seiner Sicht von externen Moderatoren geleitet werden sollte. Dies könne aufgrund der Haushaltssituation und angesichts äußerst begrenzter alternativer Finanzierungsmöglichkeiten jedoch nicht zugesichert werden. Er habe ein Vorgespräch mit einem Moderatoren-Team geführt, das bereits im Bereich der bezirklichen Familienpolitik tätig gewesen sei. Sobald ihm ein Kostenvorschlag vorliege, werde er konkrete Möglichkeiten zur Finanzierung prüfen. Sollten diese erfolglos sein, werde die Zukunftswerkstatt von ihm oder einem anderen Mitarbeiter/einer anderen Mitarbeiterin des Bezirksamts moderiert.

Herr Naumann gibt zu bedenken, dass – im Sinne eines zielführenden Veranstaltungsablaufs - Themenschwerpunkte für die Zukunftswerkstatt konkretisiert werden sollten. Dem stimmt Frau König bei. Herr Friedrich weist die Beiratsmitglieder darauf hin, dass sie ihm bei Bedarf entsprechende Themenvorschläge nennen können.

Herr Feilke betont, dass aus seiner Sicht das Thema Beschäftigung von Menschen mit Behinderung von zentraler Bedeutung sei. Dieser Meinung schließen sich weitere Beiratsmitglieder an und schlagen vor, dieses Thema als Schwerpunkt für die Zukunftswerkstatt vorzumerken.

### **TOP 4: Verschiedenes**

Auf den Vorschlag Herrn Naumanns, die Beiratssitzungen auch in Einrichtungen der Mitgliedsorganisationen anzuberaumen, bekunden die Vertreterinnen und Vertreter von DPW, ABSV, Lebenswege und Gesundheitsamt Interesse. Herr Friedrich wird sich diesbezüglich um die Koordination kümmern.

Herr Friedrich weist darauf hin, dass das Eisenbahnbundesamt (EBA) derzeit die Berliner S-Bahnhöfe zu folgenden Punkten überprüft:

- abgestellte Fahrräder und anderes Gefährt, wodurch die Zugänge zu den Bahnhöfen, zu Aufzügen, Handläufen etc. verstellt werden und
- unsachgemäße Ausführung von Blindenleitstreifen (z.B. unterbrochene Streifenführung etc.).

Er bittet darum, ihm entsprechende Mißstände zwecks Weiterleitung an das EBA mitzuteilen.

Frau Brendler bittet darum, nachdrücklich auf die Verlegung des BVG-Wartehäuschens der Linie M 49, Haltestelle Stößenseebrücke Richtung Spandau hinzuwirken. Grund hierfür ist, dass sich das Wartehäuschen in ca. 25 m Entfernung zur Haltestelle befindet. Dies hat zur Folge, dass das Wartehäuschen von behinderten Fahrgästen, insbesondere Menschen mit einer Sehbehinderung oder eingeschränkter Mobilität, nicht adäquat genutzt werden kann. Herr Friedrich wird sich in diesem Zusammenhang an die BVG wenden.

Die Vorsitzende des Fahrgastbeirats des Berliner Sonderfahrdienstes (SFD) für Menschen mit Behinderung, Frau Bauersfeld, macht in Anlehnung an ihren Bericht in der letzten Sitzung noch einmal darauf aufmerksam, dass in Kürze die Ausschreibung zur Erbringung dieser Fahrdienstleistung neu erfolgen werde. Bei der Ausschreibung müsse nach derzeitigem Stand der Dinge eventuell erstmals die ISO-Norm 7176-19 berücksichtigt werden. Wäre diese Norm für die SFD-Betreiber bereits 2013 rechtsverbindlich, würde künftig jeder Rollstuhl, der als Sitz befördert werden soll, ein entsprechendes Sicherungssystem mit Zertifizierung benötigen, über das derzeit jedoch kaum jemand verfüge. Dies liege zum einen daran, dass bislang keine Rollstühle mit dem neuen Sicherungssystem hergestellt werden; zum anderen würden die Kosten für eine Anpassung nicht von den Krankenkassen getragen. Diese Kosten müssten von Rollstuhlnutzerinnen und Rollstuhlnutzern selbst aufgebracht werden, sofern der vorhandene (Alt-)Rollstuhl für den Umbau überhaupt geeignet ist. Ob eine Kostenübernahme durch das Sozialamt erfolgen könnte, ist momentan noch nicht geklärt. Sofern der Einbau der Transportsicherung möglich ist, würden die Kosten nach derzeitiger Schätzung zwischen circa 500 Euro (Standardrollstuhl) bis circa 1000 Euro (Elektrollstuhl) betragen.

In wie weit die ISO 7176-19 in Deutschland schon Rechtskraft erlangt hat, werde derzeit durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales geprüft. Auf der Sitzung des SFD-Fahrgastbeirates am 29. Mai 2012, bei der ein Mitarbeiter des TÜV Einzelheiten zum Thema vorgetragen hatte, sei keine abschließende Klärung erfolgt. Die Diskussion über den Ausschreibungs- und Vertragstext werde nach der Urlaubszeit im Fahrgastbeirat mit der Senatsverwaltung fortgesetzt, um zu verhindern, dass die ISO-Norm für den SFD rechtsverbindlich wird.

Natürlich, so führt Frau Bauersfeld weiter aus, seien die Betroffenen an einem sicheren Transport interessiert. Lediglich die Tatsache, dass die Modalitäten für die Rollstuhlfahrer nicht geklärt seien und in Anbetracht der weit reichenden Konsequenzen in der zur Verfügung stehenden Zeit auch nicht geklärt werden könnten, verhindere derzeit eine Zustimmung des Fahrgastbeirates zur Einführung der Norm. Frau Bauersfeld wird hierzu weiterhin berichten.

Die nächste Sitzung findet statt am 24. September 2012.

Herr Naumann bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18.25 Uhr.

Naumann  
(Vorsitzender)

Friedrich  
(Protokollant)

